Frau Groß (FD 7/30) stellte anhand einer Powerpointpräsentation die Straßenplanung vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Metz (Fraktion Bündnid90/Die Grünen) erinnerte daran, dass die Politik sich immer wieder mit dem Thema „Straßenausbaubeiträge“ beschäftigt.
Auf Landesebene habe es über das Thema eine große Debatte gegeben. Es sei durch die derzeitige Landtagsmehrheit die Entscheidung getroffen worden, diese beizubehalten. Allerdings hätten sich einige Verbesserungen durch die hälftige Bezuschussung der Anliegerbeiträge und die Möglichkeit der Stundung ergeben.
Es gebe Forderungen, die Straßenausbaubeiträge grundsätzlich abzuschaffen. Das koste viel Geld, aber man werde sich dafür einsetzen.
Für ihn sei wichtig, dass über folgende Punkte gesprochen wird, die eine Grundlage für die Entscheidung sind.

1. Planung
   Seine Fraktion hätte gerne mehr Bäume gehabt. Jetzt seiennur noch vier übrig geblieben. Das sei nicht besonders üppig.
   Passen die Auframpungen auch in Bezug auf Fahrradfahrer mit Anhänger? Ist es möglich, sie abzuflachen?
   Ist es möglich für den Ausbau der Digitalinfrastruktur Leerrohre für Glasfaser zu verlegen?
   Die Uhlandstraße sei von der Starkregenrisikokarte des Landes NRW betroffen. Zumindest aus den Schreiben sei zu entnehmen, dass diese Starkregenproblematik mit zusätzlichen Gullis beantwortet wurde. Die Starkregenrisikokarte, zeige bestimmte Fließrichtungen und Wasserhöhen auf.
2. Verfahren und Zeitschiene
   Es gebe die vorgesehenen Kanalbaumaßnahmen. In 2023 solle gebaut werden. Er wollte wissen, wann der letzte Zeitpunkt ist, bevor der Zeitplan nicht gehalten werden kann.

Herr Kallenbach (FB 7) antworte wie folgt:
Auframpungen: Es werde mit ganz normalen Sinussteinen gearbeitet, wie sie im Stadtgebiet teilweise schon vorhanden sind. Sie seien von den Radfahrern problemlos zu überfahren.
Anhänger: Bei der normalen Rampensituation im Kreuzungsbereich sei es für Anhänger unproblematisch, weil sie über die gesamte Fläche geht.
Interessant werde es bei dem Kissen, das im Bereich der B56 vorhanden sein wird. Dort sei nur die Gasse, an der man vorbeifährt. Sie sei so ausgelegt, dass man mit einem normalen Anhänger an diesem Kissen vorbeifahren kann.
Ein PKW müsse immer mindestens einseitig über das Kissen fahren.
Digitale Infrastruktur sei immer ein Thema. Es gebe regelmäßige Termine mit den Versorgern, bei denen die Maßnahmen angekündigt werden. Es gebe in diesem Bereich momentan keine Ausbauplanung. Leerrohre seien in der Vergangenheit immer aus Kostengründen abgelehnt worden, weil sie teilweise jahrelang unter der Erde lägen und nie genutzt würden. Man müsste mit der Kämmerei noch mal klären, ob es in diesem Fall Geld dafür geben wird, bzw. ggf. einen Beschluss brauche.

Starkregen, zusätzliche Gullis: Mit einer Maßnahme in der Straße sei nicht die Fließrichtung im gesamten Stadtgebiet zu ändern. Man könne aber die Einzugsbereiche der einzelnen Gullis verkleinern und lt. Regelwerk bis zu 400 qm anschließen. Man sei jetzt deutlich darunter geblieben, so dass auf jeden Fall das an der Oberfläche anfallende Wasser einen schnelleren Weg in die Kanalisation finden werde. Das werde durch die Baumaßnahme erreicht.
In den Fällen, in denen ein Kanal irgendwann überlastet ist, gebe es keine Möglichkeiten mehr. Da brauche man freie Grundstücke, wo das Wasser gezielt hinlaufen kann. Die gebe es hier nicht. Solche Fließwege könne man in einer Neubauplanung relativ gut machen, aber nicht im Bestand.
Zur Zeitschiene: In 2023 solle gebaut werden. So sei es bei den Kanalmaßnahmen hinterlegt und im AWK als Sanierungsmaßnahme mit aufgenommen.
Die letzte Entscheidung brauche man so schnell wie möglich, damit für die Planung genug Zeit bleibt.

Herr Bäsch betonte, dass man nie eine Planung bekommen wird, die alle Interessen zu 100% abdeckt. Es sei immer ein Kompromiss. Man sei der Auffassung, dass das, was hier an Kompromissen möglich ist, gefunden wurde. Er sehe nicht, dass größere Eingriffe in die Planung noch nötig wären oder eine Verbesserung für Einzelne bringen würden.
Daher könne man sich inhaltlich mit dieser Planung anfreunden.
Die Auframpungen von Betonfertigelementen bitte er zu überprüfen, weil es möglich sei, dass diese beim Überfahren Geräusche machen.
Er wollte wissen, ob für die Anliegerbeiträge der Zeitpunkt der Abrechnung, der Zeitpunkt der Beschlussfassung oder der Start der Baumaßnahme maßgeblich ist, bzw. ab welcher Leistungsphase.

Herr Kallenbach wies darauf hin, dass es bei den Betonelementen unterschiedliche Breiten und Produkte gibt.
Man habe noch lange nicht die Reife für Ausschreibungen erreicht. Er benötige jetzt das Signal, dass diese Planung weiter forciert werden soll, mit dem Ziel in 2023 zu bauen.

Herr Liebers (CDU-Fraktion) wollte wissen, ob es sich beim heutigen Beschluss um einen Planungsbeschluss handelt oder ob anschießend noch ein weiterer Beschluss benötigt wird.
Lt. Vorlage habe die Straße ihre Nutzungsdauer überschritten und entspreche nicht mehr dem heutigen Stand der Technik.
Wenn gewollt sei, dass alle Straßen und Wege, die in Sankt Augustin nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen, erneuert werden, dann sei man ganz schnell arm. Daher halte er dies als Argument, warum eine Straße neu gemacht werden muss machen muss, für unzulässig.
Man gebe das Geld von anderen Menschen aus. Daher könne man nicht sagen, dass es ist nicht mehr der Stand der Technik ist.
Sie sei in schlechtem Zustand. Aber man könne natürlich auch fragen, wie sie denn in den schlechten Zustand gekommen ist.
Wenn man sieht, wie die Straßenschäden geflickt werden, dann sei es klar, dass der Zustand immer schlechter wird. Diesen Punkt bitte er sehr gründlich zu bedenken.
Er halte es nicht für ein Argument, diese Straße nun erneuern zu müssen.

Er halte es für sehr kritisch, jetzt hier eine Planung durchzuführen, so kurz vor einer Landtagswahl, bei der auch zu merken ist, dass sich da womöglich etwas tun wird, weil der Druck auf die Bürger immer ein bisschen größer wird.
Er erinnere daran, dass öfter gesagt wurde, es sei geschafft, dass die Bürger nur die Hälfte bezahlen müssen, und man es auch stunden kann.
Man solle nicht immer denken, dass Hauseigentümer Leute sind, die vermögend und wohlhabend sind, weil manche ganz schön kämpfen. Daher bitte er, die Argumente mit einer größeren Vorsicht zu benutzen als das stunden zu können.
Dadurch, dass die Straße auf 6 Meter Breite ausgebaut wird, sehe er keine Verbreiterung, weil sie bereits jetzt 5,80 bis 6 Meter breit ist.
Auf einer 6 Meter breiten Straße gebe es eine Verkehrsberuhigung durch die parkenden Autos. Seiner Meinung nach brauche man nicht noch Bäume dazwischen zu pflanzen.
Der Radius der Auframpungssteine solle unbedingt größer sein als der Radius eines 28-Zoll-Fahrrades. Denn nur dann könne man drüber fahren.
Wenn die Schule gebaut oder renoviert werden soll, werde dort erheblicher Verkehr sein. Es sei nicht gut, wenn dieser Verkehr über eine gerade neugebaute Straße geführt wird. Wenn er aber dort entlang geführt wird, während die Straße gebaut wird, werde die die Renovierung der Schule behindert.
Er glaube, dass das Hinausschieben dieser Planung angesagt ist, weil man sich sonst zusätzlich noch Probleme mache.

Herr Kallenbach bestätigte, dass man die Begründung für die Sanierung genauer formulieren kann. Es sei die rechnerische Nutzungsdauer, die hier zugrunde liegt, und den Gebührenberechnungen zugrunde zu legen ist als zusätzliches Kriterium zu dem ohnehin schlechten Zustand.
Die Begründung, warum die Straße neu gemacht werden muss, habe nicht den Ursprung im Alter, sondern im Zustand und im Aufbau.
Hinsichtlich der <u>Verteilung der Kosten</u> müsse die Verwaltung mit dem arbeiten, was der Gesetzgeber vorgibt.
In diesem Tournus müsse das Programm weitergeführt werden, weil man sonst mit dem Abwasserbeseitigungskonzept nicht hinterherkomme, das in diesem Bereich, auch im Bereich der Hausanschlüsse, gemeldet ist.
Es sei also eine pflichtige Maßnahme, die umzusetzen ist.
Wenn dieser Bereich weiter hinausgezögert wird, bestehe die Gefahr von 6-stelligen Strafzahlungen pro Jahr, die dann nicht als Gegenwert in der Stadt verbaut werden können.
<u>Verkehrsberuhigung</u>: Alternierendes Parken nutze nichts, wenn die Leute zur Arbeit gefahren sind und dort kein Auto mehr steht. Daher gebe es im Idealzustand pro Fahrtrichtung immer erst ein Baum und dann die Fahrzeuge. In dieser Straße bekomme man nur vier Bäume unter, wegen der entsprechenden Leitungsführungen. Daher müssten in dieser Straße die entsprechenden Auframpungen gemacht werden, die noch den positiven Beiwert haben, dass die Kreuzungen nahezu ebenerdig gequert werden können.
Man brauche also nicht mühsam die Bordsteine abzusenken und bleibe auf dem gleichen Niveau, das durch die Straße herbeigeführt wird.
Die Steine seien sog. Sinussteine. Man müsse nur einen relativ kleinen Höhenunterschied überbrücken.
Beim Schulbau sei man in der Abstimmung.

Die Stadt zahle nicht nur den Eigenanteil, sondern als größter Anlieger auch einen ganz wesentlichen Beitrag. Sie werde genauso veranlagt, wie alle anderen auch.

Herr Schütze fand die Frage nach der Schiebung schwierig. Am 15. Mai sei Landtagswahl. Danach kämen zunächst die Sondierungsgespräche, dann die Koalitionsgespräche, danach die Sommerferien. Danach müsse das Thema mit den Straßenausbaubeiträgen erst mal angegangen werden. Anschließend sei Herbst. Er hielt es nicht für sinnvoll, jetzt die Maßnahme übermäßig zu strecken oder zu verschieben, weil auch diverse Baukostensteigerungen daran gekoppelt sein werden.
Er fand, dass die Verwaltung hier eine gute Arbeit gemacht hat und auf die Belange der Bürger, so gut es möglich war, eingegangen ist.
Die FDP-Fraktion unterstütze diese Vorlage.

Herr Richter glaubte, dass jeder, der die Uhlandstraße kennt, weiß, dass diese Straße in einem schlechten Zustand ist, unabhängig vom Alter. Sie sei in einem Zustand, in dem sie neu gemacht werden muss. Es sei Aufgabe der Kommune, dass die Straßen in einem guten Zustand sind.
Er lobte auch die gute Arbeit der Verwaltung. Die Anliegen der Bürger seien, soweit es möglich war, aufgenommen. So stelle er sich das vor. Er fragte nach dem konkreten Zeitablauf.

Frau Groß teilte mit, dass die Bauzeit etwa acht Monate betragen wird.

Herr Metz erläuterte, dass es ein Gesetz, das KAG, gibt.
Außerdem habe man mit der Uhlandstraße eine der schlimmsten Straßen in Sankt Augustin.
Die Beiträge seien nicht abgeschafft, obwohl die Situation bereits verbessert worden sei.
Man müsse zu einer guten Lösung kommen und irgendwie, soweit wie möglich, auf die Belange der Betroffenen eingehen.
Für die Grüne Fraktion sei klar, dass diese Planung gut ist,
Es werde Bäume geben. Die Straße werde barrierefrei. Und sie werde erheblich leiser.
Es müsse etwas passieren, vor allem auch wegen der Kanalbaumaßnahme.
Entscheidend sei, dass es juristisch so weit ausgereizt werden muss, damit alle Chancen bestehen, dass sie am Ende noch unter einen möglichen Stichtag fallen. Seines Wissens sei entscheidend für den Stichtag der letzte Beschluss, den ein kommunales Gremium gefasst hat, dass auch wirklich gebaut wird.
Er schlug vor, nicht zu beschließen, der vorgestellten Straßenplanung Uhlandstraße zuzustimmen. Vielmehr sollte die Verwaltung beauftragt werden, ihre Planung zur Sanierung der Uhlandstraße auf Basis der vorgestellten Pläne fortzuführen. Dabei solle sie bestimmte Punkte prüfen. Damit sei das Verfahren im Mobilitätsausschuss aus verkehrsplanerischer Sicht abgeschlossen.
Aber es müsse noch mal in den Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss (GuB), wo dann über die Einleitung des Vergabeverfahrens entschieden wird.
Damit könne man heute der Verwaltung ein Signal geben, dass die Verkehrsplanung gut ist, aber bestimmte Punkte noch geprüft werden müssen, bevor der GuB-Ausschuss abschließend beschließt.
Das sei dann der Tag, der der entscheidende Stichtag sein wird.

Für Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) war folgendes noch offen:

- Mögliche Lärmbelästigung durch die Aufpflasterungen
- Werden nur die LED-Leuchtenköpfe ausgetauscht?
- Anrechnung des Uhlandplatzes für die Umlage nach KAG. Der Uhlandplatz solle neu vermessen werden.
- Bauphase Christian-Andersen-Schule und Belastungen durch Baufahrzeuge.
- Die Anbindung des Radweges an der B56 sei sehr schlecht einzusehen.
- Die Regelung des Parkens (alternierendes Parken) sei gut.

Man rede immer über Steuergelder, mit denen natürlich gewissenhaft umgegangen werden muss. Es sei sehr wohl bewusst, was das für Belastungen sind.
Andererseits müssten Entscheidungen getroffen werden.
Die Überlegung, heute Abend dieser Planung zuzustimmen und den Beschluss für den Beginn des Ausbaus später im GuB-Ausschuss zu fassen, sei richtig.
Insofern werde das alles sehr positiv bewertet. Man bitte die Verwaltung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, im Sinne der Bürger zu verfahren, damit die Politik dann alle Möglichkeiten hat, diesen Beschluss so spät wie möglich zu fassen.

Hinsichtlich einer möglichen Lärmbelästigung durch die Auframpungen erläuterte Herr Kallenbach, dass lange Plateaus gewählt wurden und nicht einzelne Schwellen.
Bei einer langen Rampe müsse das ganze Auto erst komplett hochfahren, bevor es wieder langsam herunterfährt.
Bei fehlerfreier Bauausführung, sollten auch die Rampensteine festsitzen. Daher sei eine übermäßige Lärmentwicklung nicht zu erwarten.
Die Beleuchtung werde komplett ausgetauscht.
Ob es notwendig ist, den Uhlandplatz neu zu vermessen, müsse geprüft werden.
Da es noch keinen Bauzeitenplan gibt, sei eine Absprache wegen der Bauphase der Schule noch nicht möglich. Die Absprache mit den anderen Fachbereichen und Institutionen sei aber Standard.

Herr Puffe (CDU-Fraktion) erläuterte, dass bei den Vorberatungen in der Fraktion die die Kolleginnen und Kollegen aus den Stadtteilen über die anliegenden Themen beraten. Die Kollegen und Kolleginnen aus Sankt Augustin-Ort hätten sich sowohl mit der vorliegenden Planung als auch mit den eingegangenen Schreiben beschäftigt. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Ausbauplanung sehr gelungen ist.
Man habe sich auch mit der Frage befasst, ob die in wenigen Monaten anstehende Landtagswahl ein Kriterium sei, einer Ausbauplanung jetzt deshalb nicht zuzustimmen.
Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass es natürlich kein Kriterium sein kann, weil niemand vor der Wahl weiß, was wann anschließend herauskommt. Jetzt sei nicht bekannt, was später in den Koalitionsverträgen steht und was zu welchem Zeitpunkt umgesetzt wird.
Daher könne man jetzt nicht die weiteren Planungen nicht auf die Reise geben.
Daher stimme man der Ausbauplanung so zu.
Man solle natürlich versuchen, den größtmöglichen Zeitraum zu gewinnen, bis eine Entscheidung getroffen wird. Vielleicht bestehe dann eine gewisse Klarheit darüber, was in Koalitionsverträgen steht.

Er würde mittragen, dass heute der Impuls gegeben und später im GuB-Ausschuss weiterberaten und beschlossen wird.
Bis dahin sollten die angesprochenen Fragen von der Verwaltung geprüft werden. Heute gebe es einen Arbeitsauftrag zur Vorbereitung des letztmöglichen Beschlusstermins im GuB-Ausschuss.
Die Lösung mit dem Alternierenden Parken sei hervorragend.

Frau Groß ergänzte auf seine Frage, dass die Thematik mit den Anschlussleitungen noch einmal nachgeschärft worden ist. Es sei abgesprochen worden, dass alle Anschlüsse aus Steinzeug neu gemacht werden sollen. Die einzigen, die nicht neu gemacht werden sollen, seien die, die bereits erneuert sind.

Herr Köhler (Fraktion Aufbruch!) merkte folgendes an:

1. Es gibt schlechtere Straßen in Sankt Augustin. Aber diese Straße ist schlecht und muss gemacht werden.
2. Gegenüber der ersten Planung ist durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und durch die Diskussion im Ausschuss schon Einiges an Veränderungen vorgenommen, bzw. in Aussicht gestellt worden. Dadurch wird die gute Planung wahrscheinlich noch besser.
3. Er bitte, da noch mal zu prüfen, ob die Auframpungen wirklich 6 cm hoch sein müssen oder ob es auch anders geht.
4. Er stimme dem Vorschlag von Herr Metz zu, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, weiter zu planen und so die Perspektive eröffnet wird, dass der endgültige Beschluss im GuB-Ausschuss gefasst werden kann.

Der Vorsitzende ließ über den einvernehmlich geänderten Beschlussvorschlag abstimmen: